

CONV 175/02

WG VI 6

ZUSAMMENFASSENDE BERICHT

des	Sekretariats
für	die Gruppe VI "Ordnungspolitik"
<u>Betr.:</u>	Ergebnisse der Sitzung vom 24. Juni 2002

Beratungsergebnisse

1. Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden
 - Der Vorsitzende berichtete über die Ergebnisse der vorherigen Sitzung und verwies auf das im Anschluss daran verteilte Arbeitspapier (Arbeitsdokument 04). Er bat die Gruppe, die in dem Papier dargelegten Fragen durchzugehen, damit, wenn möglich, vorläufige Schlussfolgerungen zu den in den Absätzen 5 und 6 des Mandats aufgeführten Themenbereichen erzielt werden können. Er verwies auch auf die eingegangenen Vorschläge, die auf eine Änderung des Mandats der Gruppe abzielen. Es war vereinbart worden, diese Vorschläge gegebenenfalls bei zukünftigen Beratungen der Gruppe zu behandeln, das Mandat als solches jedoch nicht förmlich abzuändern.
2. Weiteres Vorgehen im Anschluss an die Sitzung der Gruppe vom 20. Juni 2002
 - Mehrere Mitglieder der Gruppe erklärten, dass sie nicht mit allen Fragen, die in dem Arbeitspapier aufgeworfen würden, einverstanden seien. Bedenken gab es speziell hinsichtlich der Bezugnahme auf eine Ausdehnung des Aufgabenbereichs der EZB; einige Mitglieder vertraten die Auffassung, dass die Preisstabilität auch weiterhin das vorrangige Ziel der EZB sein müsse. Andere hingegen unterstützten den Vorschlag einer Ausdehnung des bisherigen Aufgabenbereichs der Bank und wiesen darauf hin, dass dies die Unabhängigkeit der Bank als Einrichtung nicht untergraben werde, dass ihre Gesamtziele jedoch enger mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Union verknüpft werden sollten. Unterstützt wurde auch der Vorschlag, generell für eine breite Auslegung der wirtschaftspolitischen Ziele Sorge zu tragen.

- Eine Reihe von Mitgliedern erklärte erneut, dass eine stärkere demokratische Kontrolle über die Koordination der Wirtschaftspolitik erforderlich sei. Für einige Mitglieder müsste eine Stärkung der Rolle der Kommission bei der Festlegung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik und/oder von Mechanismen für das Verfahren bei einem übermäßigen Haushaltsdefizit notwendigerweise mit einer Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments einhergehen. Andere Mitglieder begrüßten den Hinweis auf die Notwendigkeit einer Beteiligung der nationalen Parlamente an diesem Prozess.
- Zum Stabilitäts- und Wachstumspakt erklärten einige Mitglieder, dass sie sich der Forderung nach Einführung einer größeren Flexibilität anschließen würden, wobei darauf hingewiesen wurde, dass dies mit der Beibehaltung eines soliden politischen Rahmens möglicherweise nicht ganz im Einklang steht. Mehrere Mitglieder waren gegen den Vorschlag, allein der Kommission anstatt dem Rat die Verantwortung dafür zu übertragen, das Vorhandensein eines übermäßigen Haushaltsdefizits festzustellen. Eines der Mitglieder war nicht damit einverstanden, dass der Pakt nicht zufrieden stellend funktioniere, was allerdings nicht bedeute, dass das System nicht verbessert werden könne; es könnte zu einer größeren Effizienz des Systems beitragen, wenn der Kommission eine förmlichere Rolle zugewiesen würde.
- Ein Mitglied schlug vor, die Kommission solle der Gruppe ein Dokument vorlegen, in dem die derzeitigen Verfahren erläutert werden, und dabei angeben, wo sie Änderungen wünsche.
- Der Vorsitzende erklärte sich bereit, die verschiedenen Ansichten bei der Abfassung der Zusammenfassung der vorläufigen Schlussfolgerungen der Gruppe zu den Absätzen 5 und 6 des Mandats zu berücksichtigen. Dort, wo es keinen Konsens gebe, würde dies klar und deutlich angegeben. Diese Schlussfolgerungen würden an die Mitglieder verteilt.

3. Tagesordnung der nächsten Sitzung

- Der Vorsitzende schlug vor, in den beiden Juli-Sitzungen (10. und 17. Juli) die Themenbereiche 7, 8, 9 und 10 des Mandats zu erörtern. Wie bei den bisherigen Sitzungen wurden die Mitglieder ersucht, vor der Sitzung schriftliche Beiträge zu diesen Fragen einzureichen. Das Sekretariat werde ein Papier mit dem Arbeitsplan für die noch verbleibenden Sitzungen verteilen.